

KURZ UND PRÄGNANT

Carius-Kommission: Bedenken bleiben

Nach der Pressekonferenz der Kommission zur Klärung der Manipulationsvorwürfe gegen Landtagsdirektorin Birgit Eberbach-Born („Carius-Kommission“) am 4. April hatte der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes erklärt: „Unsere Bedenken gegenüber der Kommission und insbesondere gegenüber dem Kommissionsmitglied Richard Dewes bleiben weiter bestehen. Schließlich soll Dewes die Zulässigkeit der Eingriffe durch die Landtagsdirektorin in den Entwurf der Klageerwidlung des Innenausschusses zur Gebietsreform bewerten. Gleichzeitig tritt er aber als Prozessvertreter der Stadt Weimar in ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das erste Gesetz zur Gebietsreform auf. Eine Befangenheit ist hier offenkundig.“ Der Innenausschuss hatte dem Ältestenrat einen konkreten Sachverhalt zur Prüfung und Bewertung übergeben. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) versuche, sich durch die Einsetzung der Kommission der aktiven Klärung zu entziehen. „Parlament und Präsident können sich aber ihrer Verantwortung, die Vorgänge zu klären, nicht entziehen. Daher ist der Landtag in der Pflicht, selbst aktiv zu werden.“ ■

Gute Aufklärungsquote aufrechterhalten

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik und Statistik „Politisch motivierte Kriminalität“

Kürzlich stellte der Thüringer Innenminister die neue Polizeiliche Kriminalstatistik sowie die Thüringer Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) vor, die erneut zu zwei Dritteln von politisch-motivierten Straftaten Rechts dominiert ist. Heraussticht ein seit fünf Jahren kontinuierlicher Anstieg rechter Gewaltstraftaten. Im letzten Jahr wuchsen allein die durch die Polizei erfassten Fälle um fast 40 Prozent an. Zugleich wurde 2016 wie schon im Vorjahr mehr als einmal jede Woche eine Flüchtlingsunterkunft attackiert.

„Daran wird deutlich, dass gerade von einem auf Ausgrenzung basierenden Denken und rassistischem Handeln eine konkrete Gefahr für in Thüringen lebende Menschen, insbesondere für Geflüchtete, ausgeht“, sagte der LINKE Innenpolitiker Steffen Dittes.

„Der Anteil der politisch links motivierten Gewaltkriminalität ist hingegen um 22 Prozent gesunken. Die Schieflage mancher Diskussion zeigt sich auch daran, dass 99,5 Prozent der Widerstandsdelikte gegen Polizeibeamte in Thüringen nicht dem Bereich der PMK-Links zugeordnet werden.“

Insgesamt ist die Zahl der Straftaten um 6,4 Prozent gestiegen. Thüringen gehört aber weiterhin zu den sichersten Bundesländern und belegt mit der Aufklärungsquote einen Spitzenplatz. Die Statistik räumt auch eindrücklich mit den von der AfD geschürten Vorurteilen über angeblich besonders kriminelle Ausländer auf.

Anstieg der Rohheitsdelikte noch wirksamer begegnen

Zwar gab es einen Anstieg bei den Fallzahlen nichtdeutscher Tatverdächtiger. „Dieser muss aber im Kontext zum Anstieg nichtdeutscher Bevölkerung betrachtet werden und er gründet schwerpunktmäßig u.a. auf Auseinandersetzungen in Asylunterkünften. Rund 85 Prozent aller Tatverdächtigen in Thüringen sind deutscher Herkunft. Tatverdächtige mit Flüchtlingsstatus machen lediglich 6,88 Prozent aus“, so der Abgeordnete weiter.

Es sei erfreulich, dass nach dem deutlichen Anstieg der Wohnungseinbrüche im Vorjahr nunmehr ein Rückgang zu verzeichnen ist. Neben der Verbesserung der Aufklärungsquote zählt sich aber auch die Beratungstätigkeit durch die Polizei zum Umgang

mit Einbruchsschutzvorrichtungen aus. Die Zahl der Einbrüche, die als Versuch beginnen und dann scheitern, steigt zunehmend und liegt jetzt bei 41,2 Prozent.

Steffen Dittes machte darauf aufmerksam, dass ab März 2017 der Mindestbetrag für Fördermaßnahmen bei Sicherheitstechnik im Eigenheim von 2000 Euro auf 500 Euro gesenkt wurde und der Staat nun bis zu 1.500 Euro an Mieter und Eigentümer zum Einbruchschutz zahlt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollten diese Angebote ausschöpfen.

„Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik unterstreicht, wie notwendig die Struktur- und Personalentwicklungsdiskussion bei der Thüringer Polizei ist, um die gute Aufklärungsquote auch in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten. Die Zahlen zeigen, dass der Straftaten vorbeugende Ansatz noch weiter ausgebaut werden muss, auch um dem Anstieg der Rohheitsdelikte noch wirksamer zu begegnen. Das kann nicht nur Aufgabe der Polizei sein, es gilt einen konzeptionellen Gesamtansatz noch umfassender zu entwickeln“, so die Schlussfolgerungen des innenpolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE. ■



Einladung zur nächsten Mehr-Demokratie-Tagung

Am Donnerstag, den 8. Juni, voraussichtlich von 14 bis 19 Uhr, veranstalten im Erfurter Landtag die drei Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ wie schon in den vergangenen Jahren wieder eine Demokratie-Tagung. Die „Ausgabe 2017“ steht unter dem Motto „Demokratie ist kein Sofa – Demokratie und Wahlen“. Die Themenpalette reicht von Ursachenforschung und -bekämpfung in Sachen „Wahlabstinz“ und (Nicht-) Mobilisierung von (Nicht-)Wählern, über das Problem des sozialen und rechtlichen Ausschlusses von bestimmten Bevölkerungsgruppen von Wahlen und der Unterrepräsentanz von Frauen in gewählten Gremien bis hin zur Diskussion konkreter – mehr oder weniger provokanter – Änderungsvorschläge für das Wahlrecht. Da geht es z.B. um die Einführung einer Wahlpflicht, die Möglichkeit, eine Enthaltungs- bzw. Proteststimme abzugeben oder die Personenauswahl durch Kumulieren und Panaschieren von Stimmen auch auf Landesebene stärker durch die Wählerinnen und Wähler beeinflussen zu lassen.

Es werden eine Reihe interessanter Referentinnen und Referenten auftreten. Geplant ist auch eine Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen von Rot-Rot-Grün. Wie schon bei den anderen Mehr-Demokratie-Tagungen sollen auch die Gäste in den Diskussionsabschnitten nach den Vorträgen bzw. verbunden mit der Podiumsdiskussion ausgiebig zu Wort kommen.

Weitere Informationen zur Veranstaltung (Themen, Referenten, Logistik) in einer der nächsten Ausgaben des Parlamentsreports. ■

Abgeordnete fordern Konsequenzen in Eisenach

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Übergriffe durch Neonazis in den vergangenen Jahren in Eisenach haben die Landtagsabgeordneten aller demokratischen Parteien in der Stadt ein entschiedenes Vorgehen gegen diese Entwicklung gefordert.

In den vergangenen drei Jahren wurde die Neonazi-Szene in Eisenach immer größer und aggressiver. Im Zentrum steht dabei auch die Landesgeschäftsstelle der NPD in der Katharinenstraße. Wie eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Raymond Walk (CDU) bereits im August 2016 zeigte, ist damit ein „Treff- und Sammelplatz der rechtsextremistischen Szene“ in Eisenach und Umgebung entstanden. Es finden Vorträge von Holocaustleugnern und Antisemiten aber auch Rechtsrock-Konzerte statt.

Die kriminellen neonazistischen Jugendgruppen der Region haben hier ebenfalls einen Treffpunkt. Mit der „Nationalen Jugend Eisenach“ und der „Jugendoffensive Wartburgkreis“ sind in den vergangenen Monaten gleich zwei extrem rechte Jugendgruppen öffentlich in Erscheinung getreten. Diese sind dem Thüringer Innenministerium zufolge klar dem „neonazistischen Spektrum“ zuzuordnen und bereits durch zahlreiche Sachbeschädigungen, Bedrohungen und gewalttätige

Übergriffe in Erscheinung getreten. Bereits im Februar des letzten Jahres wurden die Wahlkreis- und Parteibüros von LINKE, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Wortlauten wie „Volksverräter“ oder „Zecken-Brut“ beschmiert.

Mittlerweile sind mehrere rechte Straftaten im Stadtgebiet polizeilich bekannt. Dazu gehört der aggressive Störversuch einer Veranstaltung am 30. März im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro „RosaLuxx.“ der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion Kati Engel. Am Ende der Lesung mit dem Journalisten Sören Kohlhuber aus seinem aktuellen Buch „Retrofieber – Wenn Neonazis die ostdeutschen Straßen zurückerobern“ versuchten etwa zehn, zum Teil verummte Neonazis die Veranstaltung anzugreifen. Dieses Vorkommnis ist nur ein Teil der aktuellen Geschehnisse, zeigt aber die bedrohliche Situation in Eisenach.

Die Thüringer Landtagsabgeordneten Raymond Walk (CDU), Matthias Hey (SPD), Kati Engel (DIE LINKE) und Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fordern deshalb ein konsequentes Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die neonazistische Szene in Eisenach und dem Wartburgkreis sowie die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure, welche sich den antidemokratischen Tendenzen entgegenstellen. ■